

Der demographische Kollaps droht – wie sicher sind die künftigen Pensionen

Das staatliche österreichische Pensionssystem kommt nicht aus den Schlagzeilen. Jüngst hat auch die EU und die OECD das System kritisiert bzw. überfällige Reformen eingefordert. Während Politiker beruhigen, schocken Experten mit Horrorveröffentlichungen („In 20 bis 30 Jahren werden wir 25 bis 30 Prozent weniger Pension bekommen“ - Ulrich Schuh vom Institut für Höhere Studien; „Die allgemeine Ersatzrate - das Verhältnis zwischen dem Durchschnittslohn und der Durchschnittspension - wird auf 31 Prozent im Jahr 2050 sinken“ - Christine Mayrhofer vom Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) beide gegenüber ORF.at.). Wo liegen nun tatsächlich die Probleme bei den künftigen Pensionen.

Pensionen werden nach dem Umlageverfahren finanziert

Das österreichische (staatliche) Pensionssystem funktioniert nach dem sogenannten „Umlageverfahren“. Das bedeutet, dass die Beiträge der heute Aktiven „umgelegt“ werden und sofort als Pensionen an die heutigen Pensionisten ausbezahlt werden. Das System basiert also darauf, dass immer so viel einbezahlt wird, als herausgenommen wird. Geht sich das nicht aus, weil beispielsweise durch Gesetze höhere/mehr Pensionen zugesichert sind, muss ein Dritter (in unserem System „der Staat“ – also im Endeffekt wieder der Steuerzahler) zuschießen.

Als das System eingeführt wurde, kamen auf einen Pensionisten, der durchschnittlich 9 Jahre Pension erlebte, 4 Beitragszahler, welche durchschnittlich 44 Jahre arbeiteten (einzahlten). Im Umlageverfahren kommt also immer der aktive, Beiträge zahlende Teil der Bevölkerung für die laufenden Pensionen auf. Daher sind diese Personen davon abhängig, ob später wieder genügend „Einzahler“ vorhanden sind. Als dieses Gesetz beschlossen wurde, gab es relativ wenige „Alte“ und eine geringe Lebenserwartung. Denen standen (kurz nach dem Krieg) viele Arbeitswillige gegenüber, welche meist schon mit jungen Jahren zu arbeiten begannen und bis weit ins 7. Lebensjahrzehnt hinein arbeiteten und Beiträge zahlten. Positiv dazu kam auch noch eine „Geburtenwelle“ in den 50er und 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts (Baby Boomer), die für zusätzliche Beitragszahler sorgten. Auch ging es nach dem Krieg mit der Wirtschaft stetig nach oben, und die Löhne entwickelten sich deutlich besser als die Preise stiegen, was zu zusätzlichen Beitragseinnahmen führte.

Der „Generationenvertrag kommt ins Wanken

Diese sprudelnden Einnahmen machten die Politiker (meist kurz vor den Wahlen) leichtsinnig und so wurden populäre Versprechen gemacht. Es wurde jedoch zu wenig geprüft, ob diese Versprechen auch später finanziert werden können. Demographische, gesellschaftliche und sozialpolitische Veränderungen wirkten sich in der Folge negativ auf das System aus. Der Staat als „Einspringer“ aber muss selbst immer mehr sparen, so dass steigende Beitragsausfälle nicht zusätzlich übernommen werden können. Folgende Faktoren wirkten und wirken sich auf das System besonders negativ aus:

- Die Menschen beginnen – durch höhere Schulen und Studium – später zu arbeiten, daher fallen die Beiträge später an.
- Gleichzeitig sank das Pensionsantrittsalter – nicht zuletzt aus den Wahlversprechen – deutlich ab. Dieser Punkt wirkt sich doppelt negativ aus: Es fallen Beiträge weg, aber zusätzlich auch schon Pensionen an.
- Die Lebenserwartung in der Pension hat sich in den letzten 50 Jahren mehr als verdreifacht. Die Pensionen fallen also nicht nur früher an, sie müssen auch dreimal so lange bezahlt werden.

- Die Masse der „Baby Boomer“ arbeitet derzeit noch, wird aber in den nächsten 15 bis 30 Jahren in Pension gehen. Damit kommt eine „Pensionistenwelle“ auf das System zu. Die Anzahl der Pensionisten wird sich in dieser Zeit um 50% erhöhen.
- Nach der „Geburtenwelle“ aber folgte ein starker „Geburtenrückgang“. Die wegfallenden „Einzahler“ werden nicht ersetzt werden können.
- Das alles bedeutet in einem Satz zusammengefasst: Es wird künftig weniger „Zahler“ geben, die „Nehmer“ werden extrem mehr und sehr lange leben. Mit weniger Beiträgen sollten um 50% mehr Pensionen dreimal so lange finanziert werden.

Oder anders ausgedrückt: Früher kamen auf einen Pensionisten, der durchschnittlich 9 Jahre Pension erlebte, 4 Beitragszahler, welche durchschnittlich 44 Jahre arbeiteten (einzahlten). In wenigen Jahren wird ein Aktiver, der durchschnittlich 36 Jahre arbeitet, einem Pensionisten 25 – 28 Jahr lang die Pension finanzieren müssen.

Die betrogene Generation

Weil diese Umstände natürlich auch den Politikern nicht verborgen geblieben sind, kommt es laufend zu Pensionsreformen. Die letzten Bedeutenden waren 2000, 2003 und 2005. Das Ergebnis aller Pensionsreformen: Die Pensionen fallen niedriger aus als vor den Reformen. Die Sache hat allerdings einen gewaltigen Haken: Es werden immer nur die künftigen Pensionen der heutigen „Zahler“ gekürzt, während jene Pensionen, die mit den Beiträgen die Zahler gespeist werden, von den Reformen nicht betroffen sind.

Dahinter kann politisches Kalkül vermutet werden: Würde man die bestehenden Pensionen kürzen, würden das mittlerweile deutlich über 2 Millionen Menschen am nächsten Ultimo „im Börsel“ spüren, aufschreien und vielleicht als Wählerstimme verloren sein. Kürzt man hingegen einem beispielweise heute 40-jährigen die Pension, welche er in 20 – 25 Jahren zu erwarten hat, merkt er das nicht, weil ja die neuen Werte nicht in Zeitungsinseraten der Regierung veröffentlicht werden (dort werden andere Dinge bejubelt).

Eine Studie der Valida Consulting überprüfte, wie sich die vielen Änderungen im gesetzlichen Pensionsrecht im Zeitraum von 1985 bis 2010 tatsächlich konkret auf die Pensionshöhe von Einzelpersonen auswirken. Die Ergebnisse sind ernüchternd: Abhängig vom konkreten Versicherungsverlauf und vom Pensionsstichtag beträgt die Ausgangspension heute nur mehr etwa 70 % im Vergleich zur Pension die man gehabt hätte, wenn heute noch das Pensionsrecht von 1985 gelten würde. Experten aber erwarten (siehe oben), dass das Niveau der künftigen Pensionen noch einmal um 25 bis 30% sinken wird.

Die heutigen Aktiven werden daher ein Leben lang (hohe) Beiträge bezahlt haben, aber letztlich eine sehr bescheidene Pension dafür erhalten. Aufgrund der aktuellen Budgetlage wird auch der Staat viele Jahre lang nicht in der Lage sein, diese „Löcher“ zu stopfen.

Eigenvorsorge dringend notwendig – Wertigkeit der Eigenvorsorge gering

In diesem Beitrag wurde ausschließlich das Thema „Pension“ behandelt. Dass die angesprochenen demographischen Veränderungen sich auch auf die Finanzierbarkeit des Gesundheitswesens und den Bereich Pflege negativ auswirken, bestreitet heute nicht einmal mehr die Regierung. Um nicht tatsächlich in einer „Altersarmut“ zu landen, muss Jede und Jeder selbst vorsorgen. In einer OGM-Umfrage verneinten deutlich über 60% die Frage „Glauben Sie, dass Ihre künftige staatliche Pension sicher ist“. Umso mehr ist die Sorglosigkeit, mit der viele Österreicherinnen und Österreicher das Thema „Pensionsvorsorge“ angehen, beunruhigend. Ein Beispiel soll das verdeutlichen:

Um später einmal eine lebenslange „Brutto – Zusatzpension“ von € 1000,- zu bekommen (und das wird aufgrund der beschriebenen Umstände bei vielen die Untergrenze sein), ist zum Pensionsantritt ein Kapital von ca. € 300.000,- notwendig. In der Regel wird eine Ansparzeit von 20 Jahren und mehr notwendig sein und die Pension wird man dann ebenfalls 20 Jahre und mehr genießen können. Will man dieses Kapital beispielsweise ab dem 38 Lebensjahr ansparen, ist dazu ein monatlicher Sparbetrag von rund 640,- notwendig. Die durchschnittliche Sparleistung bei Pensionsvorsorge in Österreich liegt aber nur knapp über € 100,- monatlich. Derartige Verträge werden oft – ohne lange Beratung – bei „guten Freunden“ so nebenbei abgeschlossen. Die durchschnittliche Behaltdauer (dann wird ohne viel Überlegung vorzeitig gekündigt) solcher Verträge liegt dementsprechend auch nur bei rund 7 Jahren.

Möchte man ein Häuschen mit Grund kaufen, kann man auch von einem Betrag von € 300.000,- ausgehen. Auch hier wird man ca. 20 Jahre „finanzieren“ müssen, um dann mindestens gleich lange den Traum der eigenen 4 Wände mit Garten genießen zu können. Die Kreditrate kann – je nach vorhandenen Eigenmitteln – durchaus mit der Sparrate für die Pensionsvorsorge verglichen werden. Wie ernst aber geht man so ein Projekt an? Mit wie vielen Fachleuten berät man sich? Wie viele Meinungen holt man ein? Was wird alles geprüft? Wie viele Grundstücke werden besichtigt?

Es wäre wichtig, der Pensionsvorsorge eine gleiche „Wertigkeit“ zukommen zu lassen.